

# DIE WELT

Wirtschaft

## Währungsschlacht

# Frankreich will den Euro zur Weltwährung machen

Die Schmach der Milliardenstrafe gegen die Großbank BNP Paribas kann Frankreich nicht verwinden. Die Regierung in Paris will sich revanchieren – und den Euro als Leitwährung etablieren.

Von Holger Zschäpitz



Foto: Infografik Die Welt In den Vordergrund gerückt: Die Franzosen möchten, dass der Euro den Dollar als Leitwährung

Schon Charles de Gaulle mochte den Dollar nicht. Der legendäre französische Staatspräsident wettete in den 60er-Jahren immer wieder gegen die amerikanische Vorherrschaft auf dem Devisenmarkt. Als alles Reden kein Abdanken der Weltleitwährung Dollar bewirkte, schickte er seine Schiffe.

Sie holten das Gold nach Paris, das General de Gaulle gegen Frankreichs Dollar-Reserven getauscht hatte. Das war damals möglich, denn es galt die sogenannte Goldeinlösepflicht. Jedes Land konnte seine Dollars gegen das Edelmetall tauschen. De Gaulle knackte mit seiner Volte zwar die Goldeinlösepflicht. 1971 wollten die

Amerikaner nicht länger mit ansehen, wie Tonnen Gold ihr Land verlassen. Die Weltleitwährung Dollar konnten die Franzosen letztlich aber nicht kippen.

Nun tritt Frankreichs Finanzminister in die Fußstapfen von General de Gaulle. Michel Sapin hält eine Reform des globalen Währungssystems für unausweichlich, um die Balance zwischen Europa und den USA herzustellen. "Wir Europäer verkaufen uns gegenseitig Flugzeuge in Dollar. Ist das wirklich nötig? Ich denke nicht", sagte Sapin.

Anlass für die neue Tirade gegen die Weltleitwährung ist die Milliardenstrafe gegen BNP Paribas. Die französische Großbank muss in den USA knapp neun Milliarden Dollar Strafe zahlen, weil sie über Jahre gegen US-Embargos verstoßen hat. Die Bank akzeptierte die höchste Strafe, die je wegen Sanktionsverstößen gegen eine europäische Bank verhängt wurde.

Damit nicht genug. Das Geldhaus wird auch für 24 Monate von Dollar-Transaktionen ausgeschlossen. Will die BNP für ihre Kunden bestimmte Geschäfte in der US-Devisen tätigen, muss sie andere Finanzinstitute als Dienstleister mit ins Boot holen.

Euro / US-Dollar



## Der Dollar als Erpressungsmittel

Pikant ist die Milliardenstrafe vor allem auch deshalb, weil die inkriminierten Geschäfte der BNP lediglich nach US-Recht strafbar waren, nicht aber in Europa. Sie hat eine Debatte darüber losgetreten, inwiefern Amerika sein Recht auch jenseits der eigenen Grenzen durchsetzen kann und die Währung als Mittel der eigenen Machtpolitik einsetzt.

Solange der Dollar seine Dominanz im internationalen Handel behält und die USA immer damit drohen können, Akteure von den ökonomisch überlebensnotwendigen Transaktionen auszuschließen, können sich europäische Banken kaum wehren. Als nächstem Institut droht der Commerzbank wegen mutmaßlicher Verstöße gegen US-Sanktionen eine Geldbuße von mindestens 500 Millionen Dollar. Eine solche Strafe könnte die ohnehin angeschlagenen deutsch-amerikanischen Beziehungen weiter belasten. Schließlich ist Berlin über den Bankenrettungsfonds SoFFin mit 17 Prozent an der zweitgrößten deutschen Geschäftsbank beteiligt.

In der Weltwirtschaft und an den Kapitalmärkten ist die Dominanz des Greenback ungebrochen: Mehr als die Hälfte aller grenzüberschreitenden Kredite und Finanzeinlagen lauten in Dollar. Und wenn täglich umgerechnet fünf Billionen Dollar an den Devisenmärkten die Hände wechseln, ist in 87 Prozent der Transaktionen die US-Devisen beteiligt.

Die Bankenstrafe für die BNP hat den Franzosen vor Augen geführt, wie stark die Welt nach wie vor am Dollar hängt. Finanzminister Sapin will für globale Transaktionen nun den Euro stärker ins Spiel bringen.

## Rückendeckung aus Russland

Bei seinem Vorstoß wird er von der französischen Industrie unterstützt. Christophe de Magerie, Vorstand des Energieriesen Total, regt an, den Euro auch an den Rohstoffmärkten stärker zu etablieren. "Niemand hindert Wirtschaftsakteure daran, ihr Öl in Euro zu bezahlen, selbst wenn die weltweite Quotierung in Dollar ist", sagte de Magerie. "Eine Raffinerie kann den Ölpreis einfach in Euro umrechnen und die Bezahlung in Euro abwickeln."

Auch andere französische Konzerne haben Unbehagen an der Dollar-Übermacht bekundet. Weil sie einen Großteil ihrer Produkte in Dollar verkaufen, fühlen sie sich in Regulierungsfragen zunehmend von Washington gegängelt.

Frankreich steht nicht allein mit seiner Kritik am Dollar. Gerade Russland hatte zuletzt die globale Herrschaft des Dollar immer wieder verbal angegriffen. Auch Moskau bekam zu spüren, dass eine Leitwährung auch politische Macht bedeutet. So hatte die US-Regierung als Reaktion auf die Einverleibung der Krim einzelne russische Institute vom Dollar-Handel abgeschnitten.

Und Washington hat mit weiteren Sanktionen gedroht. Da Rohstoffe in Dollar gehandelt werden, ist Russland beim Verkauf von Öl, Gas und Erzen auf die Nutzung der Weltleitwährung und damit das Wohlwollen der Amerikaner angewiesen. Moskau könnte nun versuchen, seine Exporte in Rubel oder Euro zu fakturieren.

## **Euro kommt nicht aus der Krise**

Noch freilich kann es keine Währung mit dem Dollar auch nur annähernd aufnehmen. Bis heute hat sich der Euro noch nicht von der Krise erholt. Sichtbar wird das bei den globalen Devisenreserven der Notenbanken. Dort stagniert der Anteil des Euro bei rund einem Viertel. Vor der Euro-Krise lag die Quote noch bei rund 28 Prozent. Dagegen hat der Dollar zuletzt wieder Boden gut gemacht. 61 Prozent der globalen Währungsreserven werden in der US-Devisen gehalten.

"Die Aufholjagd des Euro nach dem tiefen Fall hat sich im laufenden Jahr schon wieder abgeschwächt", konstatiert Matthew Derr, Stratege bei der Credit Suisse in New York. Nach seinen Berechnungen haben insbesondere die Notenbanken der Schwellenländer noch nicht wieder Vertrauen in die Gemeinschaftswährung gefasst.

Es ist unklar, wie realistisch der Vorstoß der Franzosen ist, die Dollar-Herrschaft zu stürzen. Denn bislang konnten weder Washingtons Rekordschulden noch die US-Geldpolitik der Notenpresse dem Greenback etwas anhaben. Amerika dürfte noch eine Weile mit dem Dollar Politik machen. Das "exorbitante Privileg" prangerte bereits der frühere französische Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing in den 70er-Jahren an. Auch er war kein Freund des Dollar.

Bankenstrafe bringt Franzosen gegen den Dollar auf 1/2

# DIE GRÖSSTEN BANKENSTRAFEN

für ausländische Institute in den USA, in Milliarden Dollar



DIE WELT

Foto: Infografik Die Welt

Besonders die hohe Strafe für BNP Paribas trieb die Franzosen auf die Barrikaden. Sie wollen den Euro nun mit aller Macht gegen den Dollar in Stellung bringen.